



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld Familie, Generationen und Gesellschaft
Bereich Familienfragen
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (neue Finanzhilfen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Im September 2015 hat das Eidgenössische Departement des Innern die Kantonsregierungen eingeladen, zur Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung Stellung zu nehmen. Dafür danken wir Ihnen und äussern uns wie folgt.

1. Allgemeines

Grundsätzlich unterstützt der Urner Regierungsrat den vorliegenden Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Er erachtet es als wichtig, dass weitere Verbesserungen der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung angestrebt werden und unterstützt die beiden neuen Arten von Finanzhilfen. Eine nachhaltige Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist vor allem auch für die Bevölkerung in den ländlichen Regionen und Berggebieten sehr wichtig.

2. Bemerkungen zu einzelnen Ausführungsbestimmungen

Artikel 3a Absatz 2

Budgetprozesse sind in der Regel nicht auf sechs Jahre ausgerichtet. Die Vorgabe, dass die Finanzierung einer Erhöhung der Subventionen für sechs Jahre gesichert erscheinen soll, müsste diesem Umstand angemessen Rechnung tragen.

Artikel 5 Absatz 3bis

Die zeitlich degressive Lösung ist zu streichen: diese Lösung ist zu kompliziert. Der Nutzen dieser Lösung ist aus unserer Sicht zu wenig ersichtlich. Angesichts der geringen Höhe der zu erwartenden Beiträge soll der administrative Aufwand möglichst tief gehalten werden.

Artikel 6 Absatz 6

Um die bestehende Kompetenzordnung im betroffenen Kanton zu berücksichtigen, soll eine Stellungnahme zu allen Gesuchen im jeweiligen Kanton vorgesehen werden.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit der Stellungnahme und ersuchen Sie um Berücksichtigung unserer Anliegen.

Altdorf, 22. Januar 2016



Im Namen des Regierungsrats

Frau Landammann

Der Kanzleidirektor

Dr. Heidi Z'graggen

Roman Balli